

Bilanz der gemeinsamen Regierungsarbeit 2016



Arbeitsmarkt und Wirtschaft

26. April

Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gegen Billigkonkurrenz und Lohndruck, Schutz arbeits- und sozialrechtlicher Ansprüche.

26. April

Weiterführung des **Handwerker-Bonus** beschlossen.

12. Juli

Stärkung heimischer Hotelbetriebe gegenüber Buchungsplattformen, durch Wegfall von Preisklauseln – Hotels dürfen auf eigener Homepage auch günstiger anbieten.

25. Oktober

Maßnahmenpaket für Wirtschaft und Arbeitsmarkt: **Ausbildungsgarantie bis 25, 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze ab 2017, Stärkung privater Investitionen** durch neue Investitionszuwachsprämien für **Klein- und Mittelbetriebe**, Mittelstandsfinanzierung, Förderung von Forschung und Entwicklung, Investitionsprogramm auf **Kommunalebene**, Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte.

22. November

Aufstockung der personellen Kontrolle auf Baustellen, um verstärkt gegen Lohn- und Sozialdumping vorzugehen.

Deregulierung / Entbürokratisierung

18. Mai

Sicherstellung EU-weiter Akzeptanz von **elektronischen Signaturen und Transaktionen aus Österreich**.

5. Juli

Gewerbeordnung wird modernisiert und weiterentwickelt. Für Unternehmen wird es einfacher und günstiger – alle Gewerbebeanmeldungen werden kostenlos, Nebenrechte werden erweitert – schnellere und einfachere Verfahren im Betriebsanlagenrecht.

13. Dezember

Großes Paket zum **Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung** im Umwelt- und Landwirtschaftsbereich, bei 21 zentralen Gesetzen. Vereinfachungen vor allem im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfungen.

13. Dezember

Einfachere Kommunikation für BürgerInnen und Unternehmen mit Behörden, auf elektronischem Weg, Zugang zu elektronisch übermittelten Dokumenten, **Erleichterung von Unternehmensgründungen und massive Reduktion von Notariatsgebühren**.

Forschung und Technologie

5. Juli

Open-Innovation-Strategie der Bundesregierung zur **Öffnung, Erweiterung und Weiterentwicklung des Innovationssystems**.

5. Juli

Insgesamt 185 Mio. Euro zur Förderung innovativer Startups, zum Beispiel durch die Förderung der Lohnnebenkosten der ersten 3 Mitarbeiter in den ersten 3 Jahren. Gründungs-Fellowships, Aufstockung des Business-Angel-Fonds; One-Stop-Shop für Gründer. Einführung eines Start-Up-Visums im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte.

8. November

»**Forschungsmilliarde**« der Bundesregierung mit Stärkung der Grundlagenforschung (plus 281 Mio. Euro) und der Angewandten Forschung. Schaffung eines neuen öffentlichen/privaten Wachstumsfonds, Bau eines Quantencomputers etc.

Sicherheit und Integration

27. Jänner

Asyl- und Sicherheitspaket 2016: »Asyl auf Zeit« und »Beschränkung des Familiennachzugs«; Schaffung der Voraussetzung für eine Sonderverordnung für den Fall, dass die Zahl der zugelassenen Asylverfahren die kapazitätsorientierte Obergrenze (37.500 im Jahr 2016; 35.000 für das Jahr 2017) zu überschreiten droht.

15. März

Stärkung des Opferschutzes im Strafprozessrecht. Minderjährige Opfer von Sexualdelikten oder von Gewalt in Wohnungen gelten von Gesetzes wegen als besonders schutzbedürftig.

12. April

Erleichterung der Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und somit die **Integration in den Arbeitsmarkt**, standardisierte und schnellere Verfahren durch neues Anerkennungsgesetz.

18. Mai

Österreichischer Beitrag zum Türkei-Deal beschlossen. Insbesondere durch die in Wien erzielte **Schließung der Westbalkan-Route** ging die Zahl der Ankünfte von bis zu 15.000 pro Tag auf unter 1.000 pro Tag zurück, durch den Türkei-Deal folgte ein weiterer Rückgang auf unter 100 Personen pro Tag.

31. Mai

Präventionspaket des Innenministeriums: Verpflichtung zu Präventionsgesprächen mit Polizeibeamten bei Radikalisierungstendenzen, Betretungsverbote auch in Schulen nach Fällen häuslicher Gewalt, Waffenverbote in öffentlichen Gebäuden, flexiblere Organisation und besser vernetzte Organisation der Sicherheitsbehörden.

14. Juni

Unterstützung zur **Bewältigung der Fluchtbewegungen in Mazedonien** durch Material (Nacht-sichtgeräte).

21. Juni

Integrationspaket: Ausbau der **Bildungsangebote, Sprach- und Wertevermittlung**, Förderung von **gemeinnützigen Tätigkeiten von Asylwerberinnen und Asylwerbern**.

5. Juli

Strukturreform im Bundesheer: Modernisierung und Stärkung der Truppen, Erhöhung der Reaktionsfähigkeit, schnellere Abläufe und bessere Koordinierung.

Initiative gegen Gewalt im Netz: Schaffung unbürokratischer Melde- und Anzeigemöglichkeiten sowie Leitfäden und Informationen zum Umgang mit Hasspostings.

13. September

Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur **humanitären Hilfe in Ungarn im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen**.

27. September

Erarbeitung **neue Sicherheitsstruktur** für die Österreichische Bundesregierung um im Ernstfall rasch und effektiv koordiniert vorzugehen.

19. Oktober

Kronzeugenregelung NEU: mehr Rechtssicherheit für Kronzeugen, die die Aufklärung von Straftaten ermöglichen.

22. November

Sicherheitspaket mit Schusswaffenverbot für Fremde, verbesserte Identitätsfeststellung durch das zentrale Fremdenregister.

Bildung

18. Mai

Reform des Schulstarts: Bessere Übergänge vom Kindergarten in die Volksschule mit neuer Schuleingangsphase, mehr Freiraum für die Schulen bei der Leistungsbeurteilung und weitere Maßnahmen, um den Schulstart erfolgreich zu gestalten. Sprachstartgruppen unterstützen Kinder beim Übertritt in den Regelunterricht.

7. Juni

Einführung einer **Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr**. Erfasst jedes Jahr rund 5.000 **Jugendliche**, die nach Schulpflicht keine weitere Ausbildung hatten; minimiert das Risiko von Arbeitslosigkeit und dauerhafter Ausgrenzung.

12. Juli

Änderung der Bankenabgabe im Sinne des Wirtschaftsstandorts Österreich und Zweckwidmung von **1 Mrd. Euro für Bildung und Forschung**. Neben dem 750 Mio. Euro umfassenden Paket für den Ausbau von ganztägigen Schul- und Betreuungsangeboten sowie 50 Mio. Euro für die Bildungstiftung werden 100 Mio. Euro zum Ausbau von 50.000 FH-Studienplätzen und 100 Mio. Euro für die Nationalstiftung investiert.

18. Oktober

Schulautonomiepaket: Soll künftig mehr Gestaltungsräume von und zugleich entsprechende Verantwortung für Schulen bringen, flexible Einheiten und Gruppengrößen statt starrem 50-Minuten-Unterricht, bessere Ausbildung der DirektorInnen.

22. November

Ausbau ganztägiger Schulformen und Betreuungsangebote: 750 Mio. Euro werden bis 2025 investiert. Ziel: 40 % der SchülerInnen sollen ganztägige Schulformen besuchen, im Umkreis von 20 km soll jeder Familie ein Platz mit echter Wahlfreiheit zur Verfügung stehen.

22. November

Innovationsstiftung Bildung: 50 Mio. Euro für innovative Projekte, die Forscher und Unternehmen mit Kindergärten, Schulen und Bildungseinrichtungen vernetzen. Schwerpunkte auf Digitalisierung und didaktische Konzepte.

Soziales

26. Jänner

Erleichterungen für 300.000 MieterInnen durch Aussetzen der Richtwertanpassung.

15. März

Basiskonto für sozial schwache Gruppen.

26. April

Einführung des Kinderbetreuungsgeldkontos beschlossen: Mehr Flexibilität, Transparenz und Fairness; Familienmonat nach der Geburt und Partnerschaftsbonus; Hebung des Vateranteils bei der Kinderbetreuung; zugleich Fortführung der Ausbauoffensive bei der Kinderbetreuung.

15. November

Umsetzung Pensionsgipfel: Längeres Arbeiten wird durch neues Bonus-Modell attraktiver: die Hälfte der PV-Beiträge entfällt, wenn über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus gearbeitet wird. Die Ausgleichzulage plus bringt Mindestpension von 1.000 Euro bei 30 Versicherungsjahren, 20.000 ÖsterreicherInnen profitieren; verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten.

22. November

100 Euro für Pensionistinnen einmalig, zusätzlich zur Erhöhung der Pensionen um 0,8 % entsprechend Index.

22. November

Unterstützung für bäuerliche Familienbetriebe durch um 53 % reduzierte Vorschriften der Sozialversicherung. Entlastung von 90 Mio. Euro.

22. November

Verpartnerung für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Standesamt ermöglicht und Diskriminierungen für gleichgeschlechtliche Paare im Namensrecht beseitigt. Eintragung von »Sternenkinder« ins Personenstandsregister.

Katastrophenhilfe im Inland

3. Mai

Anhebung der Katastrophenhilfe für Bauern nach den Frostschäden im Frühling auf 100 Mio. Euro (Bund und Länder gesamt).

13. September

1,5 Mio. Euro Soforthilfe nach den Unwettern in Kärnten aus dem Katastrophenfonds.

Internationales / Auslandshilfe

12. Juli

1,5 Mio. Euro für humanitäre Hilfe im Irak.

30. August

3,5 Mio. Euro an Hilfsleistungen zur Linderung der humanitären Katastrophe vorrangig in und um Aleppo zur Verfügung stellen.

30. August

500.000 Euro für Hilfe nach der Hochwasserkatastrophe in Mazedonien.

6. September

Zur Hilfe vor Ort und Bekämpfung von Fluchtursachen werden 20 Angehörige des Bundesheeres zur »Resolute Support Mission« in Afghanistan entsandt.

8. November

Zur Hilfe vor Ort und Bekämpfung von Fluchtursachen werden 200 Angehörigen des Bundesheeres zur Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) entsandt. Das österreichische Kontingent hat die Aufgabe, Transporte und Versorgungstätigkeiten im Libanon durchzuführen.

6. Dezember

4,5 Mio. Euro für humanitäre Hilfe in Syrien und Jordanien.

13. Dezember

5,7 Mio. Euro für humanitäre Hilfe im Irak, in Libyen und der Ukraine.

Finanzen

31. Mai

HETA-Einigung: Ermöglichen eines Memorandum of Understanding (MoU) mit den HETA-Gläubigern zum Rückkauf landesbehafteter Anleihen. Signal der Verlässlichkeit und Stabilität für Standort und Investoren.

7. Juni

Finanzmarkttransparenz wird erhöht, indem Wertpapierfinanzierungsgeschäfte an ein Register gemeldet werden müssen.

12. Oktober

Budget 2017: Solide Finanzen unter Einhaltung der EU-Stabilitätskriterien. Strukturelles Nulldefizit, deutliche Reduktion der Neuverschuldung. Offensivmaßnahmen für Sicherheit, Innovation, Forschung und ländlichen Raum, deutliche Aufstockung des Bildungsbudgets, der EZA-Mittel und des Integrationsbudgets. **Mehr als 5 Mrd. Euro an öffentlichen Investitionen;** Verdoppelung der Mittel für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (von 77 Mio. Euro ab 2017 auf 154 Mio. Euro bis 2021), Steigerung des Integrationsbudgets (Erhöhung der Mittel von 55 auf 92 Mio. Euro).

Gebührenbremse im Bund: Bund hat zum siebten Mal in Folge Valorisierung der Bundesgebühren ausgesetzt.

15. November

Höhere Sorgfaltspflichten und Strafandrohungen für Finanzmarktakteure, um das Risiko von Geldwäsche zu verringern.

15. November

Finanzausgleich 2017–2021 als Einstieg in den Umstieg mit Pilotprojekten. Mittel für Kindergärten und Nachmittagsbetreuung an Schulen aufgabenorientiert verteilt. Aufstockung des Pflegefonds, Kostendämpfungspfad Gesundheit plus Ausbau Primärversorgungszentren, erster Schritt zur Steuerautonomie. Haftungsobergrenzen werden vereinheitlicht, zudem einheitliches Spekulationsverbot für Bund, Länder und Gemeinden.

Weitere wichtige Beschlüsse

24. Mai

Neue Struktur für die **Gedenkstätte Mauthausen** – unabhängige Organisation als Ort der Geschichtsvermittlung, Verbreiterung und Vertiefung des Mahnmals statt der reinen Verwaltung eines Mahnmals.

14. Juni

Ratifizierung des Weltklimavertrages als einer der ersten EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung der UN-Klimakonferenz in Paris.

12. Juli

Enteignung des Hitler-Geburtshauses, da eine vertragliche Lösung nach jahrelangen Verhandlungen scheiterte. Tiefgreifende architektonische Umgestaltung, um dem Haus Wiedererkennungswert und Symbolkraft zu entziehen. Statt einer Pilgerstätte für Rechtsextreme soll das Haus nun einem sozial-karitativen Zweck zugeführt werden.

20. September

Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz – erleichterte Briefwahl.